

fast 40 Prozent dieser Unternehmen ausländische Hochqualifizierte mit einem im Ausland erworbenen Hochschulabschluss beschäftigen (Gutachten IZA, S. 119f.). Der Anteil der ausländischen Hochschulabsolventen liegt in diesen Firmen in Deutschland bei 9 Prozent, in Frankreich und Großbritannien bei 11 Prozent und in den Niederlanden sogar bei 17 Prozent. Die Unternehmen vor allem der Informations- und Telekommunikationsbranche achten bei der Rekrutierung ihrer Arbeitskräfte zunehmend auf internationale Kompetenz und Erfahrung.

Tatsächlich ist ein direkter Zusammenhang zwischen der internationalen Ausrichtung eines Unternehmens und dem Beschäftigungsanteil hoch qualifizierter Ausländer zu beobachten: 63 Prozent der Unternehmen mit Produktionsstätten im Ausland beschäftigen hoch qualifizierte Ausländer; bei Unternehmen, die nur in Inland produzieren, ist dies nur bei einem Drittel der Fall.

### 1.3 Intensiver „Wettbewerb um die besten Köpfe“

Es ist ein weltweiter „Wettbewerb um die besten Köpfe“ entstanden, der durch die gestiegene Mobilitätsbereitschaft dieser Personen verschärft wird. In der Informations- und Kommunikationswirtschaft zeigt sich dies in einem weit überproportionalen und zudem branchenübergreifenden Anstieg der weltweiten Nachfrage. Ein Rückgang dieser Nachfrage, wie er etwa im Zuge der Umstellung von Großrechnern auf Personalcomputer zu beobachten war, zeichnet sich nicht ab – vielmehr wird erwartet, dass diese Branche bereits 2010 ein Zehntel des deutschen Bruttosozialprodukts erwirtschaften wird.

Auch in anderen Wachstumsbranchen wird es darum gehen, die „kritische Masse“ für ein innovatives wirtschaftliches Milieu zu schaffen, die eine sich selbst verstärkende dynamische Entwicklung in Gang setzt.

#### *Wissen der Arbeitskräfte gewinnt an Bedeutung*

Der Mensch wird in diesen Bereichen der Arbeitswelt zunehmend zum entscheidenden Produktionsfaktor; das Wissen wird immer mehr das Kapital sein. Die menschliche Arbeitskraft wird in den Industriestaaten knapper werden.

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung muss die deutsche Wirtschaft ihre Position auf den Weltmärkten verteidigen bzw. verbessern. Der Export basiert derzeit überwiegend auf herkömmlichen Produkten. Im Innovationsgeschehen der Industrie liegt der Schwerpunkt auf hochwertiger Technik. Es besteht eine erhebliche Notwendigkeit an strukturellem Wandel zu Gunsten anspruchsvoller Spitzentechnologien (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2001, S. 56f.).

## 2 Demografischer Wandel

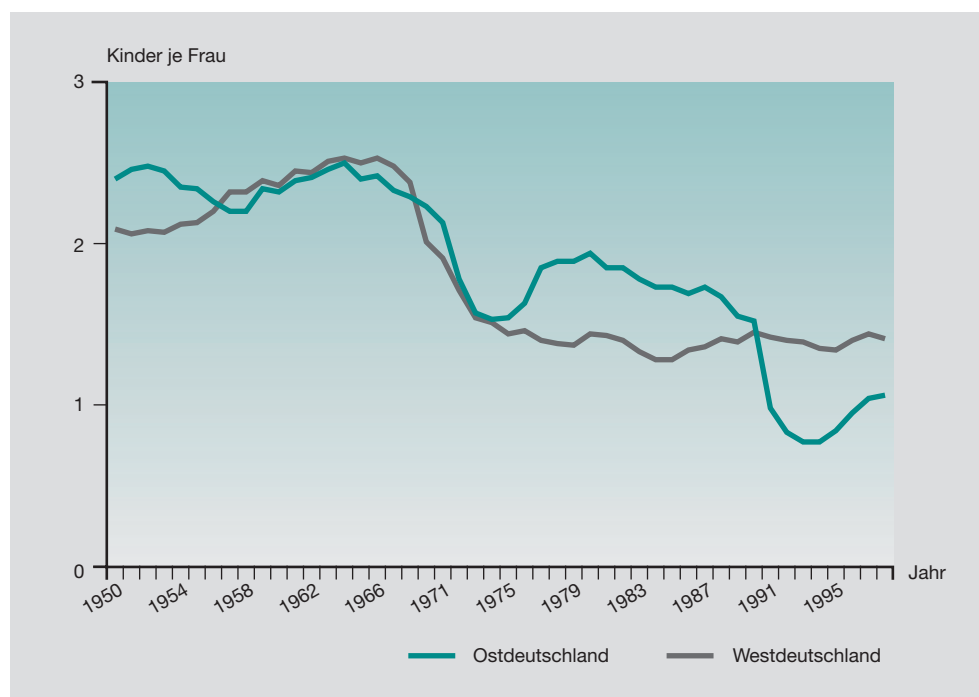
Ohne weitere Zuwanderung und bei gleichbleibender Kinderzahl pro Frau wird die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 voraussichtlich von derzeit 82 Millionen auf weniger als 60 Millionen sinken. In diesem Fall würde die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland von heute 41 auf 26 Millionen zurückgehen. Die Lebenserwartung der Menschen steigt, die Zahl der Geburten geht weiter zurück, die Bevölkerung altert insgesamt. Dies gilt auch dann, wenn zukünftig wieder mehr Kinder pro Familie geboren werden sollten, da es bereits jetzt weniger potenzielle Eltern als in früheren Generationen gibt.

Bevölkerungsrückgang und Alterung haben voraussichtlich unerwünschte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Innovationsfähigkeit, den Arbeitsmarkt, den Staatshaushalt und die Pro-Kopf-Verschuldung. Selbst bei moderater Zuwanderung wird sich die für die sozialen Sicherungssysteme bedeutsame Alterslast innerhalb von 50 Jahren verdoppeln. Die absehbare Bevölkerungsabnahme wird voraussichtlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Ein abgeschwächtes Wachstum wiederum könnte dazu führen, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen und die Produktivitätssteigerungen gebremst werden.

## 2.1 Die Bevölkerung altert und nimmt ab

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist in allen entwickelten Industrieländern eine kontinuierliche Abnahme der durchschnittlichen Kinderzahlen pro Familie zu beobachten. In Deutschland werden seit etwa 30 Jahren weniger Kinder geboren als zur Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig wären (vgl. Abb. II.1).

Abb. II.1: Fertilität in beiden Teilen Deutschlands, 1950–1998



Darstellung Humboldt-Universität Bevölkerungswissenschaft  
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Fertilität (d.h. Kinder pro Frau) liegt in Westdeutschland seit Mitte der siebziger Jahre zwischen 1,3 und 1,4 Kindern. Bei diesem Niveau wird die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder pro Generation um rund ein Drittel abnehmen. In der DDR nahm die Geburtenhäufigkeit in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zeitweise wieder zu. Anfang der neunziger Jahre verzeichneten die neuen Bundesländer einen überaus starken Rückgang auf nur noch 0,8 Kinder je Frau. Inzwischen hat die Geburtenhäufigkeit in den neuen Ländern wieder zugenommen und nähert sich dem Niveau der alten Bundesländer, ist aber mit etwa 1,1 Kindern pro Frau im Jahr 1998 noch immer deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Vielfach wird vermutet, dass Zuwanderer das niedrigere Fertilitätsniveau der deutschen

Bevölkerung ausgleichen könnten. Dies ist nicht der Fall, da sich die durchschnittliche Kinderzahl von Zuwanderern jener der einheimischen Bevölkerung mit der Zeit angleicht.

### *Kinderzahl pro Frau in Deutschland im internationalen Vergleich nahe der unteren Grenze*

Im europäischen Vergleich ist die Fertilität in Deutschland eher niedrig. Im Vereinigten Königreich, Schweden und anderen skandinavischen Ländern liegt die Anzahl der Kinder pro Frau über dem deutschen Niveau. Frankreich weist durchschnittlich 1,7 Kinder je Frau auf. Italien und Spanien mit durchschnittlich 1,2 Kindern und Griechenland mit 1,3 Kindern haben je Frau eine niedrigere Ziffer als Deutschland. Ähnliches gilt für Russland, die Baltischen Staaten und Slowenien. In Japan gehen die Kinderzahlen seit Ende der 1960er Jahre zurück, während in den USA für die 1980er Jahre ein Anstieg der Fertilität zu verzeichnen ist; sie liegt hier seit 20 Jahren bei 2,0 Kindern je Frau. Zur Bestandserhaltung der Bevölkerung müsste jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen.

### *Deutlicher Bevölkerungsrückgang*

Schon während der neunziger Jahre gab es in Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten. Dieses Geburtendefizit wird sich in Zukunft vergrößern. Zum einen wird die Zahl der Sterbefälle steigen, weil nun Geburtsjahrgänge ins hohe Alter kommen, die kaum durch Kriegstote dezimiert sind. Zum anderen wird sich der Geburtenrückgang fortsetzen. Denn die Schrumpfung der Bevölkerung wird auch zu einem Rückgang der 20 bis 40-Jährigen, also der potenziellen Eltern führen. Dies bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit auch sinkende Geburtenzahlen. Im Jahr 2010 werden voraussichtlich über 300 000, im Jahr 2025 über 500 000 mehr Deutsche pro Jahr sterben als geboren werden. Ohne weitere Zuwanderung und bei gleichbleibender Kinderzahl pro Frau würde die Bevölkerung in Deutschland wahrscheinlich von derzeit 82 Millionen bis zum Jahr 2050 auf weniger als 60 Millionen sinken (Statistisches Bundesamt 2000 a). In diesem Fall würde die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland von heute 41 auf 26 Millionen zurückgehen.

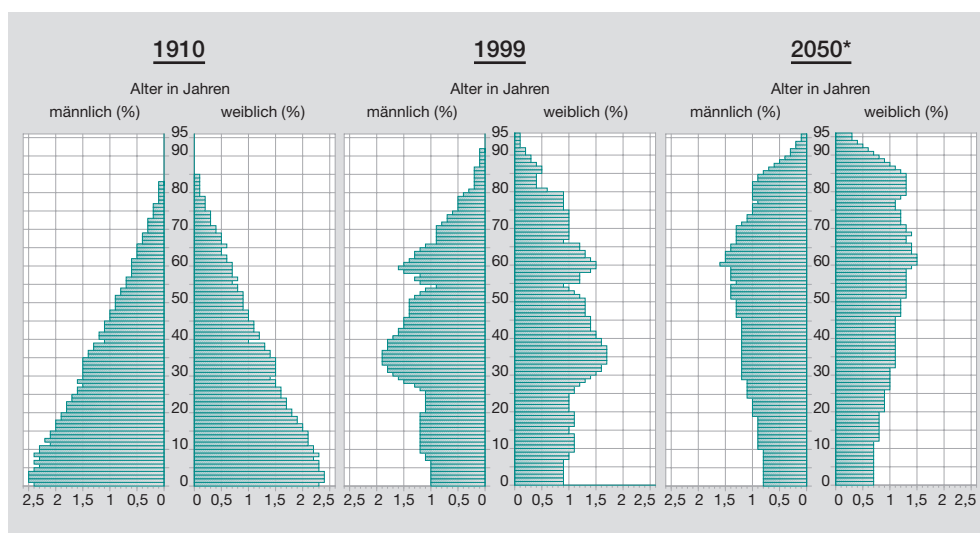
### *Alterspyramide kehrt sich um*

Die Bevölkerung Deutschlands altert. Dies hat zwei Ursachen. Erste Ursache ist die steigende Lebenserwartung. Allein im 20. Jahrhundert erhöhte sie sich für Neugeborene um etwa 30 Jahre (Statistisches Bundesamt 2000, S. 9). Heute beträgt die Lebenserwartung in Deutschland für Frauen 80 Jahre und für Männer 74 Jahre. Und fast alles spricht dafür, dass sich die durchschnittliche Lebensspanne in den kommenden Jahrzehnten weiter verlängern wird. Bis zum Jahr 2050 rechnen selbst konservative Schätzungen mit einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung in Deutschland um etwa vier Jahre. Dies wird die absolute Zahl älterer Menschen bis über das Jahr 2040 hinaus anwachsen lassen. Zweite Ursache der Alterung der Bevölkerung sind die anhaltend niedrigen Kinderzahlen pro Familie. Da weniger junge Menschen geboren werden, verschieben sich die Proportionen deutlich zu Gunsten älterer Bevölkerungsgruppen.

1960 gab es in der DDR und der Bundesrepublik rund 17 Prozent über-60-Jährige. Derzeit sind bereits mehr als 22 Prozent der Bevölkerung Deutschlands über 60 Jahre alt. Im Jahr 2050 wird der Anteil dieser Altersgruppe an

der Gesamtbevölkerung – je nach Ausmaß der Zuwanderung – zwischen 35 und 40 Prozent liegen (Abb. II.2). Bereits 2035 wird voraussichtlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein. Im Jahr 2050 wird sich der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung voraussichtlich vervierfachen haben.

**Abb. II.2: Altersaufbau der deutschen Bevölkerung 1910, 1999 und 2050\***



\*Annahme (mittlere Prognose): jährliche Nettozuwanderung von 200 000 Personen  
Darstellung Humboldt-Universität Bevölkerungswissenschaft  
Quelle: Statistisches Bundesamt

### *Bevölkerung wird erst altern, dann zurückgehen*

Während des Babybooms der 1960er Jahre wurden durchschnittlich 2 500 Kinder je 1 000 Frauen geboren (Statistisches Bundesamt 2000, S. 8). Diese zahlenmäßig starke Generation wird zu zusätzlichen Ungleichgewichten bei der Altersstruktur der Bevölkerung und dementsprechend auch beim Arbeitskräfteangebot führen (vgl. Kap. II.3.3). Verkürzt gesagt: Die Bevölkerung wird erst altern, dann schrumpfen. Das Arbeitskräfteangebot wird zunächst nur wenig absinken, da die geburtenstarken Jahrgänge vorerst im erwerbsfähigen Alter bleiben. Wenn sie ins Rentenalter kommen, steht jedoch ein beträchtlicher Teil des Arbeitskräftepotenzials dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung.

## **Einfluss der bisherigen Zuwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung**

### *Bisher Nettozuwanderung von jährlich 200 000 Personen*

Seit Beginn der Gastarbeiteranwerbung (1955) hatte Westdeutschland zumeist einen positiven Zuwanderungssaldo, der aber starken Schwankungen unterlag. In diesem Zeitraum wanderten mehr als 31 Millionen Deutsche und Ausländer nach Westdeutschland bzw. ins vereinte Deutschland zu. Im gleichen Zeitraum (1955–1999) verließen rund 22 Millionen Personen das Land. Das heißt: Nur ein kleinerer Teil der Zuwanderer blieb dauerhaft in Deutschland. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in den jährlichen Wanderungstatistiken auch die Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer enthalten sind. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen pro Jahr auf

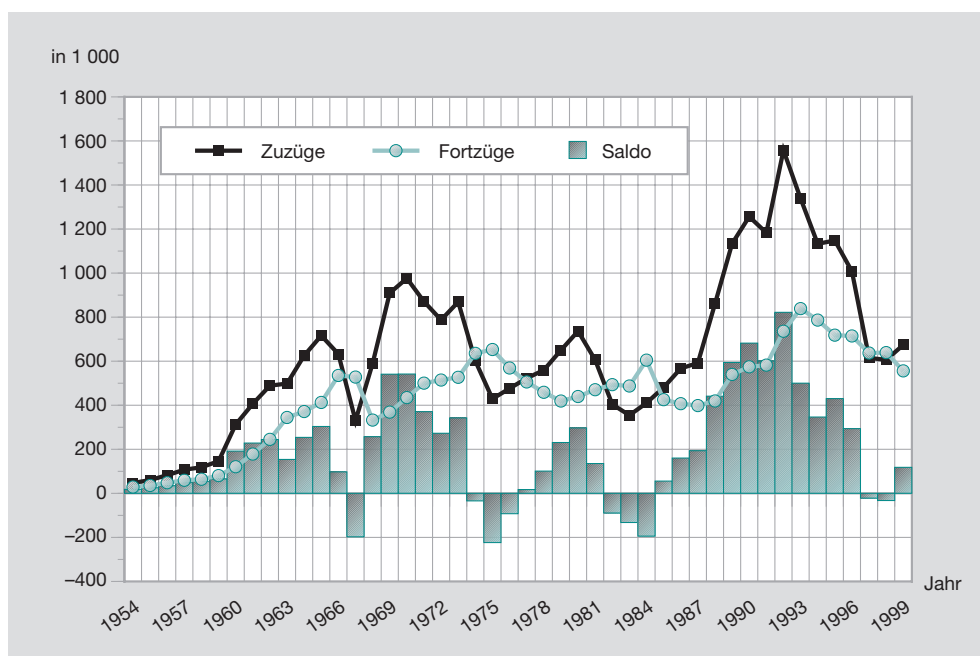
700 000 Zuzüge von Ausländern statistisch rund 500 000 Wegzüge. Durchschnittlich sind in den vergangenen 40 Jahren jährlich knapp 200 000 Menschen mehr nach Deutschland zu- als weggezogen (Nettozuwanderung). Die Nettozuwanderung erreichte zuerst in den späten 1960er sowie zu Beginn der 1970er Jahre sowie zuletzt Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre ihren Höhepunkt mit einem Zuwanderungsgewinn von 600 000 bis 800 000 Menschen pro Jahr, danach nahm sie wieder stark ab. 1997 und 1998 reisten mehr Ausländer aus als ein, was vornehmlich auf die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien zurückzuführen war (vgl. Abb. II.3).

In Westdeutschland dominierte zunächst die Zuwanderung von Gastarbeitern, später der Familiennachzug. Seit Ende der 1980er Jahre verzeichnet Deutschland einen starken Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern, was u.a. mit den Grenzöffnungen in Ost- und Südosteuropa sowie mit der Liberalisierung der dort bis 1989 restriktiven Ausreisebestimmungen im Zusammenhang steht. Die jährliche Zahl der Asylbewerber ist seit der Asylrechtsreform im Jahr 1993 von mehr als 400 000 auf weniger als 100 000 Personen pro Jahr deutlich zurückgegangen.

#### Zuwanderung in die DDR

In der DDR war das Ausmaß von Zuwanderung relativ gering, der Ausländeranteil betrug über die Jahre rund ein Prozent. Ausländerbeschäftigung fand auf der Grundlage von Regierungsabkommen mit anderen kommunistischen Staaten statt. 1989 waren unter den 190 000 Ausländern in der DDR 59 000 Vietnamesen und 15 000 Mosambikaner als Vertragsarbeitnehmer beschäftigt. In der DDR gab es faktisch keine Familienzuwanderung, da ein strenges Rotationssystem nur die Einreise von Einzelpersonen erlaubte (Bade 2000, S. 339).

Abb. II.3: Zuzüge und Fortzüge von Ausländern, 1954–1999 (in 1 000)



Anmerkung: Fortzüge enthalten auch Rückwanderungen; bis 1990 nur Westdeutschland.  
Darstellung Humboldt-Universität Bevölkerungswissenschaft  
Quelle: Statistisches Bundesamt

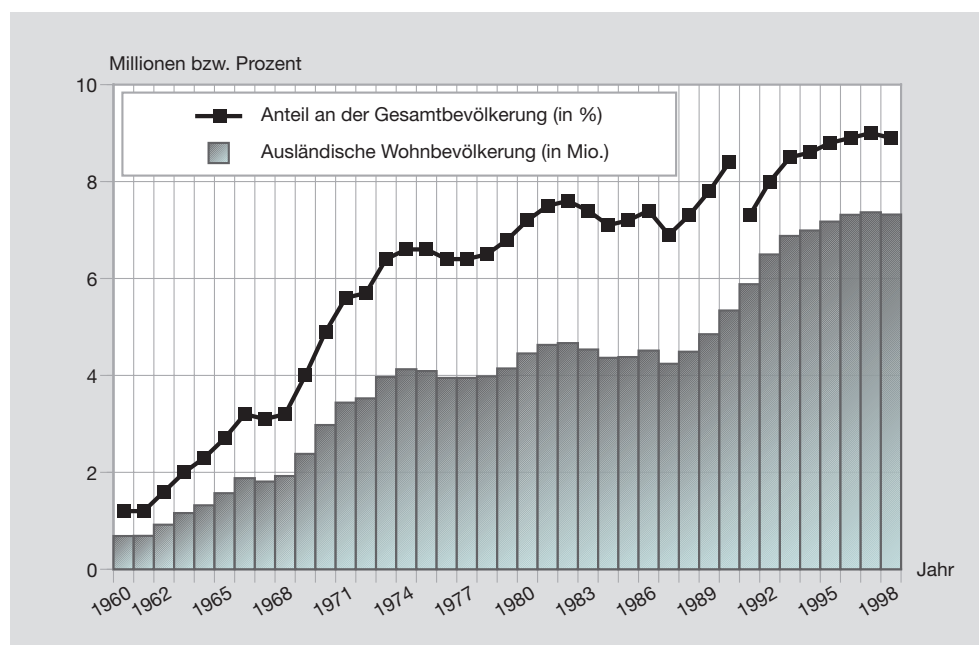
Zuwanderer und ihre Kinder leisten einen erheblichen Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Die Bevölkerung in Gesamtdeutschland ist zwischen 1960 und 1999 von 73 auf 82 Millionen Menschen gestiegen; ohne Zuwanderer läge sie bereits heute deutlich niedriger; denn der Wanderungsgewinn betrug zwischen 1955 und 1999 fast neun Millionen Personen. Hinzu kommt ein indirekter Beitrag. Viele Zuwanderer gründen Familien.

### Ausländeranteil

Der Ausländeranteil in Deutschland ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte gestiegen. Er liegt derzeit bei neun Prozent. Gut 7,3 Millionen Ausländer leben in Deutschland. Diese Zahl ist seit 1996 in etwa gleich geblieben.

Der Ausländeranteil liegt über dem EU-Durchschnitt von knapp fünf Prozent. Er ist allerdings auch abhängig von den Einbürgerungsraten. Einbürgerung hat in der Vergangenheit in Deutschland eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt. Ende 1999 lebten (ohne Berücksichtigung von Aussiedlern) rund 928 000 eingebürgerte Deutsche mit zwei ausländischen Eltern in Deutschland, was einem Anteil von 1,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Hinzu kommen etwa 3,2 Millionen heute in Deutschland lebende Aussiedler und Spätaussiedler (seit 1950 sind insgesamt 4,1 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler gekommen), von denen nicht wenige zwei Staatsangehörigkeiten besitzen.

Abb. II.4: Ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland, 1960–1998



Anmerkung: bis 1990 nur Westdeutschland  
Darstellung Humboldt-Universität Bevölkerungswissenschaft

## 2.2 Mögliche Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung

Angesichts der zeitlichen Reichweite und der komplexen Wirkungszusammenhänge sind Prognosen über die Auswirkungen des demografischen Wandels mit Unwägbarkeiten behaftet. Trotz der Unsicherheiten lassen sich vorsichtige Tendenzaussagen treffen.

## Bevölkerungsrückgang

Bei kleinerer Bevölkerung ist zu erwarten, dass Belastungen durch eine hohe Bevölkerungsdichte tendenziell geringer werden. Bei gleicher Nutzungsintensität wird die Beanspruchung von natürlichen Ressourcen abnehmen. Bei stabiler Siedlungsstruktur wird die Infrastruktur entlastet. Auf dem Wohnungsmarkt sinkt die Nachfrage, wovon bei sonst unveränderten Bedingungen ein preisdämpfender Effekt ausgeht. Eine abnehmende Erwerbspersonenzahl erleichtert einerseits die Verwirklichung des Vollbeschäftigungsziels. Arbeitskräfteknappheit könnte andererseits bei sonst unveränderten Bedingungen Lohndruck und eine Erhöhung der Produktionskosten auslösen (vgl. Kap. II.6.2). Das Preisniveau würde steigen. Bei stabilitätsorientierter Geldpolitik wären Beschäftigung und Wachstum gefährdet.

### *Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum*

Zwischen der Entwicklung der Bevölkerungszahl und dem Wirtschaftswachstum besteht ein Zusammenhang. Studien weisen auf Folgendes hin: Die absehbare Bevölkerungsabnahme wird voraussichtlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen, da deren wichtigste Komponente – der private Verbrauch – von der Bevölkerungsgröße abhängt. Es ist damit zu rechnen, dass das wirtschaftliche Wachstum geringer ausfiele, wenn die Bevölkerung ohne Zuwanderung und bei gleichbleibender Kinderzahl pro Frau in fünfzig Jahren um rd. ein Viertel abnähme. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials könnte in den folgenden Dekaden beim derzeitigen Verhältnis von Arbeitskräfteeinsatz und Produktion zu einem jährlichen Wachstumsverlust in der Größenordnung von einem Prozentpunkt führen (Rürup 2000, S. 75). Wachstumskräfte dürften auch durch einen demografisch bedingten Rückgang der Kapitalbildung gehemmt werden. Das abgeschwächte Wachstum könnte zur Folge haben, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen gebremst wird. Die Produktivitätssteigerungen wären dementsprechend kleiner, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumschancen der deutschen Volkswirtschaft beeinträchtigen könnte (Gutachten Prognos, S. 25).

### *Staatsverschuldung pro Kopf steigt*

Der Rückgang der Bevölkerung könnte sich auch nachteilig auf die Staatsverschuldung auswirken. Unter bestimmten Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands – u.a. Produktivität, technischer Fortschritt, weltwirtschaftliche Bedingungen (vgl. Gutachten Prognos, S. 38) kann sich über die zukünftige Einnahmen- wie Ausgabenseite der Gebietskörperschaften der Konsolidierungsdruck erhöhen. Bei gleicher Steuerquote und sinkender Zahl der Steuerzahler würden heutiger Verschuldungsstand und zukünftige implizite Staatsverschuldung durch zunehmende Ansprüche der Rentenversicherung und Pensionsansprüche an den Staat einen Anstieg der Staatsverschuldung auslösen. Noch deutlicher könnte dadurch die Pro-Kopf-Verschuldung ansteigen, die sich auf weniger Einwohner verteilt. Trotz aller Unsicherheiten über langfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklungen erscheint es plausibel, dass sich die Verschuldungsquote – der Anteil der staatlichen Gesamtverschuldung am Bruttoinlandsprodukt – wegen des unter Umständen langsamer wachsenden Bruttoinlandsprodukts erhöhen könnte.

*Auswirkungen auf die Infrastruktur*

Die Schrumpfung der Bevölkerung wird in einzelnen Regionen wahrscheinlich zu einer deutlich dünneren Besiedlung führen, was nicht ohne Auswirkungen auf die Infrastruktur bleiben kann. Eine sinkende Auslastung öffentlicher und privater Einrichtungen z.B. von Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern wäre die Folge. Derartige Effekte sind bereits heute in einigen Gebieten der neuen Bundesländer zu beobachten, z.B. sinkende Immobilienpreise als Indikator für ein Überangebot an Wohnraum. Wirtschaftlich gut entwickelte Regionen und Ballungsgebiete werden vermutlich von diesem Bevölkerungsrückgang in weitaus geringerem Maße betroffen sein.

**Alterung***Belastung für soziale Sicherungssysteme*

Die Folgen des Alterungsprozesses sind insbesondere für die umlagefinanzierte Sozialversicherung tiefgreifend (vgl. Kap. II.6.3): Auf einen Menschen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 20 bis 60 Jahre) kommen heute rechnerisch 0,4 Personen im Alter über 60, bei moderater Zuwanderung (netto 100 000 Personen pro Jahr) werden dies innerhalb von 50 Jahren bereits 0,8 Personen sein. Die rechnerische Alterslast wird sich verdoppeln. Dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die Alterssicherungssysteme bleiben: Immer weniger jüngere Menschen müssen immer mehr alte Menschen in den sozialen Sicherungssystemen versorgen, der Generationenvertrag würde erheblich belastet werden. Unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen etwa im Hinblick auf Produktivität, Lebenserwartung, Rentenzugangsalter und Finanzierungsmodus der sozialen Sicherung sind eine steigende Transferlast für die Sicherungssysteme und höhere Abgaben für die Produktionsfaktoren wahrscheinlich.

*Innovationsfähigkeit und Unternehmergeist*

Insgesamt wird das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte deutlich steigen. Die Alterung könnte längerfristig Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft haben, wenn wesentlich weniger neu ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Fähigkeit des Menschen, sich neues Wissen anzueignen, nimmt mit zunehmendem Alter ab. Routine und Erfahrungswissen älterer Menschen können diesen Verlust nur teilweise ausgleichen (Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation, 2000, S. 131). Angesichts der schnellen Zunahme und Erneuerung des Wissens insbesondere in den wachstumsrelevanten Schlüsseltechnologien kann den Unternehmen ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Wettbewerbskraft entstehen. Das Wissen in den Unternehmen kann bei einem sinkenden Angebot an jungen Arbeitskräften nicht mehr überwiegend durch Neueinstellung erneuert werden.

Unternehmen werden überwiegend von Personen in den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren gegründet. In den letzten Jahren hat sich der Altersdurchschnitt durch viele Gründungen von jungen Unternehmern in der Informations- und Kommunikationstechnologie verringert. Es ist denkbar, dass die Alterung der Bevölkerung unternehmerische Risikobereitschaft und Anpassungsflexibilität an neue technologisch-wirtschaftliche Erfordernisse reduziert.



### *Verringerung der gesellschaftlichen Dynamik*

Die Alterung der Bevölkerung wird die Nachfragestruktur verändern. Die Bedürfnisse älterer Menschen werden zunehmend die Nachfrage an Waren und Dienstleistungen bestimmen („Silbermarkt“). Mit dem Rückgang des Anteils junger Menschen wird möglicherweise das gesamte gesellschaftliche Leben an Dynamik verlieren. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass bei Zuwanderern, die international umworben sind, das Interesse abnimmt, in eine alternde Gesellschaft mit relativ hohen Soziallasten einzuwandern.

## **2.3 Möglichkeiten und Grenzen einer aktiven Familienpolitik**

Alterung und Abnahme der Bevölkerung sind vor allem das Ergebnis der niedrigen Kinderzahlen der vergangenen Jahrzehnte und eines sich daraus seit den 1970er Jahren ergebenden Geburtendefizits. Es ist deshalb für wirksame Maßnahmen einer aktiven Familienpolitik zu plädieren.

Der Anteil der kinderlosen Frauen nimmt in Deutschland deutlich zu, er liegt derzeit bereits bei über 30 Prozent. Kinderwünsche in der Ehe werden in abnehmendem Maße realisiert. Es ist eine Entkoppelung von Ehe und Geburten zu verzeichnen. Viele Eltern begnügen sich mit einem Kind, doch folgt die Mehrzahl der Familien noch immer dem Zwei-Kind-Ideal. Nur jede zehnte Familie hat drei oder mehr Kinder.

Das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes ist in Ostdeutschland im vergangenen Jahrzehnt um drei Jahre auf 27,9 angestiegen, in Westdeutschland von 27,1 auf 28,7 Jahre.

Für den Rückgang der Kinderzahl pro Frau gibt es viele Erklärungen: Als gesamtgesellschaftliche Ursachen werden etwa die Relativierung traditioneller Werte und Normen, individuellere Lebensformen, die wachsende Zahl von Ehescheidungen sowie die Rücksichtslosigkeit und Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft genannt. Bei den individuellen Motiven werden u.a. die sinkende Bereitschaft, über das eigene Leben hinauszudenken und erzieherische Verantwortung zu übernehmen wie auch die zunehmende Zentrierung der Lebensplanung auf das Arbeitsleben diskutiert. Da das individuelle Lebensrisiko im Sozial- und Wohlfahrtsstaat abgesichert ist und traditionelle familiäre Aufgaben wie Pflege im Alter von staatlichen Einrichtungen übernommen werden, besteht unter materiellen Gesichtspunkten kein Anreiz, eigene Kinder zu haben. Auf der anderen Seite ist aber empirisch belegt, dass ein Kinderwunsch bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung fortbesteht: Nur drei Prozent der Ehepaare geben zu Beginn ihrer Ehe an, keine Kinder haben zu wollen (Stellungnahme des Deutschen Familienverbandes).

### *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

Eine der Hauptursachen für die niedrigen Kinderzahlen und die häufiger gewordene Kinderlosigkeit dürfte demnach die nach wie vor schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Die Infrastruktur für die Betreuung von Kindern ist unzureichend. Die bisherige Versorgung an ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren liegt bei nur zwei Prozent (Deutscher Bundestag 1998 a, S. 200). Dies ist in einer mobilen Gesellschaft, in der informelle Netzwerke wegbrechen und Familien mit Kindern in die Minderheit geraten, besonders problematisch. Entscheidend ist, eine für die Familien kostenverträgliche, geografisch gut erreichbare und verlässliche außerfamiliäre Infrastruktur für Kinder bereitzustellen, die auch individuellen